



Welt online vom 01.04.2025

Renten-Debatte

Jeder vierte Babyboomer kann sich vorstellen, länger zu arbeiten

Immer mehr Beschäftigte wollen über das Rentenalter hinaus arbeiten. Das ist einerseits eine gute Nachricht für die Finanzierung des Systems, denn viele "Wohlstandsrentner" machen aus eigener Motivation weiter. Doch einer der anderen Gründe dafür ist beunruhigend.

Jeder achte Beschäftigte in Deutschland kann sich schon heute vorstellen, über das bisherige Renteneintrittsalter hinaus zu arbeiten (13 Prozent). Besonders unter den Beschäftigten, die kurz vor der Rente stehen, ist die Bereitschaft, freiwillig weiterzuarbeiten, besonders hoch.

So sagt jeder vierte Befragte über 61 Jahren, also in der Generation der Babyboomer, dass er auch nach dem regulären Renteneintrittsalter freiwillig weiterarbeiten möchte. Jeder Dritte (33 Prozent) wiederum möchte gern früher aufhören zu arbeiten. Das geht aus einer Studie des Meinungsforschungsinstituts Forsa im Auftrag der Jobplattform Xing hervor. Befragt wurden 3413 Beschäftigte.

Gut zwei Drittel wollen im Alter weiterarbeiten, um im Kopf fit zu bleiben (70 Prozent), die Hälfte will soziale Kontakte halten (56 Prozent) oder persönliche Sinnerfüllung finden (50 Prozent). Männer wollen laut der Umfrage dabei tendenziell häufiger weiterarbeiten, um sich geistig gesund zu halten, für Frauen spielen soziale Kontakte eine größere Rolle.

Gleichzeitig ist es für knapp die Hälfte der Deutschen (48 Prozent) allerdings auch eine finanzielle Notwendigkeit, nach dem regulären Renteneintrittsalter weiterzuarbeiten. Dabei sind es deutlich häufiger Frauen, die befürchten, dass ihre Rente nicht ausreichen wird, als Männer (63 Prozent zu 40 Prozent).

"Frauen sind viel häufiger von Altersarmut betroffen als Männer. Sobald Kinder da sind, treten sie beruflich kürzer, übernehmen große Teile der Care-Arbeit und kehren später in Teilzeit in ihren Job zurück", sagt Thomas Kindler, Geschäftsführer von Xing. "Wenn wir das ändern wollen, müssen wir die Rahmenbedingungen für Frauen, aber auch für berufstätige Männer ändern", so Kindler.

Tatsächlich hat die Altersarmut in den vergangenen Jahren zugenommen. Dem Statistischen Bundesamt zufolge bezogen im Dezember 2024 rund 1,26 Millionen Personen Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Das waren rund 49.000 oder 4,1 Prozent mehr als im Dezember 2023.

Eine Erklärung dafür ist die Demografie. Die Gruppe der Rentner ist insgesamt stark gewachsen, weil die geburtenstärksten Jahrgänge peu à peu ausscheiden. Betroffen von Altersarmut sind insbesondere Frauen, die häufig in Teilzeit gearbeitet haben oder jahrelang nicht in die Rentenversicherung eingezahlt haben, weil sie die Heimarbeit und Kindererziehung übernommen hatten.

Knapp 1,5 Millionen Menschen in Deutschland arbeiteten laut der Deutschen Rentenversicherung 2023 neben der Rente. Die Tendenz ist leicht steigend, weil auch die Gruppe der Neu-Rentner wächst.

Laut Statistischem Bundesamt waren im vergangenen Jahr 23 Prozent der Rentner zwischen 65 und 74 Jahren erwerbstätig. Ein Drittel davon (33 Prozent) tat dies aus finanzieller Notwendigkeit. 29 Prozent gaben die Freude an der Arbeit als Hauptgrund an.

Elf Prozent arbeiteten, weil es finanziell attraktiv war oder die Partnerin oder der Partner ebenfalls noch arbeitete. Die soziale Integration durch den Kontakt zu Kollegen war für neun Prozent der erwerbstätigen Rentner ausschlaggebend.

Auch in den aktuellen Koalitionsverhandlungen ist die Rente ein Streitthema. Hatte die CDU in ihrem Grundsatzprogramm vom Frühsommer 2024 noch angekündigt, dass die Lebensarbeitszeit steigen müsse "und folglich die Regelaltersgrenze an die Lebenserwartung gekoppelt wird", hieß es im Sondierungspapier vom März zunächst, die abschlagsfreie Rente nach 45 Beitragsjahren bleibe erhalten.

Nun jedoch spricht sich die Union dafür aus, die erforderlichen Beitragsjahre für eine volle Rente von 45 auf 47 zu erhöhen. Yasmin Fahimi, die Chefin des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), warnt in diesem Zusammenhang vor "Rechentricks" bei der Sicherung des Rentenniveaus.

"Wer herzerreißende Worte für die Anerkennung der Leistungen aller Mütter findet, sollte nicht zugleich eine Rentenkürzung für alle zukünftigen Rentner vorschlagen", so Fahimi gegenüber dpa. Für dasselbe Rentenniveau müsse länger eingezahlt

werden. "Die Renten sehen dann auf dem Papier stabil aus, aber der Schein trügt."

Als gesichert gilt, dass Union und SPD voraussichtlich auf die sogenannte Aktivrente setzen werden. Mit einem neuen Steuerfreibetrag sollen Beschäftigte von sich aus weiterarbeiten. Auch steht im Sondierungspapier der Unions-Plan der "Frühstartrente".

Das Konzept: Jedes Kind zwischen sechs und 18 Jahren soll monatlich vom Staat zehn Euro in ein eigenes Kapitalmarktd Depot als "Startvermögen" eingezahlt bekommen. Die SPD hingegen zeigt sich skeptisch und will erst prüfen, ob der Plan umsetzbar ist.

Bereits im vergangenen Jahr startete das Bundesarbeitsministerium eine Kampagne namens "Unser Land in Arbeit", bei der es unter anderem darum geht, dass "von der Arbeit im Alter alle profitieren". Laut der Forsa-Umfrage wäre eine überdurchschnittliche Bezahlung für jeden Fünften (18 Prozent) ein Grund, länger zu arbeiten. Steuerliche Anreize wären für 16 Prozent der Befragten attraktiv.

Im vergangenen Jahr unternahm die Ampel-Regierung erstmals einen Versuch, das System durch eine kapitalgedeckte Altersvorsorge zu stützen. Das FDP-Konzept der "Aktienrente" fand sich als abgeänderte Version des "Generationenkapitals" als Gesetzentwurf im Kabinett wieder. In Kraft trat die Reform allerdings nicht, weil die Koalition zerbrach.

Während die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) stärkeres Bemühen von der neuen Regierung fordert, Ältere durch Anreize länger in den Betrieben zu halten, gibt es heftige Kritik von Sozialverbänden und Gewerkschaften. Steigt das Renteneintrittsalter nicht oder wird es an die Lebenserwartung gekoppelt, droht der Beitrag jedoch aufgrund der Überalterung bis auf 24 Prozent im Jahr 2030 anzusteigen, warnen Ökonomen.

Jan Klauth ist Wirtschaftsredakteur in Berlin. Er berichtet über Arbeitsmarkt-Themen, Bürgergeld, Migration und Sozialpolitik sowie Karriere-Themen. Den zugehörigen Newsletter können Sie hier abonnieren.

Quelle: Welt online vom 01.04.2025

Dokumentnummer: 218450550

Dauerhafte Adresse des Dokuments:

https://bib-voebb.genios.de/document/WEON__ee597933806a50f9c2d143ce6d1102ad6dae408d

Alle Rechte vorbehalten: (c) WeltN24 GmbH